

M

MEINUNG

Tageskommentar

Schweigen ist nicht Gold

von Patrick Kuoni
Redaktor



Die Meinungen in der Causa Baukartell gehen weit auseinander. Das zeigte die Debatte im Grosse Rat. Sie widerspiegelt vermutlich die Stimmung in der Bevölkerung. Während die SP vom Graubündnerischen Baumeisterverband für seine Rolle in der Baukartell-Geschichte eine Entschuldigung verlangte, schossen einzelne FDPler gegen die Medien, da sich manche Anschuldigungen als nicht zutreffend erwiesen hätten.

Einen anderen Fokus setzte Lorenz Alig, ebenfalls FDP. Er stellte fest, dass die weisse Weste im Bau-departement immer noch befleckt sei. Ausserdem muss seiner Ansicht nach eine Entschuldigung vom Kanton an den Informanten Adam Quadroni erfolgen. Die SVP bedauerte die Dienstpflichtverletzungen, stellte aber fest, dass es wohl wenig Unternehmen gebe, bei denen bei einer Überprüfung eines so langen Zeitraums keine Fehler auftauchten. Die Mitte ist froh, dass es keine Hinweise auf systematische Defizite gibt, auch wenn Fehler geschehen seien.

Die Gründe, weshalb die Ansichten so weit auseinandergehen, sind vielfältig. Die politische, aber auch die berufliche und geografische Herkunft spielt eine grosse Rolle. Zu der sehr unterschiedlichen Interpretation der Ergebnisse beigetragen hat aber auch, dass viele Fragen in beiden PUK-Berichten offen blieben. Das hängt unter anderem damit zusammen, dass wichtige Beteiligte eine Zusammenarbeit mit der PUK verweigerten, sodass bei beiden Teilberichten wichtige Puzzleteile fehlen.

Umso wichtiger ist deshalb der Auftrag, welchen der Grosse Rat heute bei der Regierung deponiert – und bei dem sich mindestens die Parteispitzen einig sind. Die Regierung soll aufzeigen, wie der PUK mehr Befugnisse eingeräumt werden können. Auch wenn zu hoffen ist, dass es in Zukunft keine neue PUK mehr braucht, so ist dies doch ein zentraler Schritt zu mehr Aufklärung. Denn Schweigen ist in diesem Fall nicht Gold.

Region Seite 3

@ Kontaktieren Sie unseren Autor zum Thema:
patrick.kuoni@somedia.ch

IMPRESSUM



Unabhängige schweizerische Tageszeitung mit Regionalausgaben in den Kantonen Graubünden, Glarus, St. Gallen und Schwyz.

Herausgeberin Somedia Press AG
Verleger: Hanspeter Lebrument; CEO: Thomas Kundert
Chefredaktion Reto Furter (Leiter Medienfamilie), Philipp Wyss (Chefredaktor Online/Zeitung); Mitglieder der Chefredaktion: Daniel Sager (Leiter TV), Jürgen Törkott (Leiter Radio), Astrid Tschullik (Leiterin Digital)
Kundenservice/Abo Somedia, Sommerausrasse 32, 7007 Chur, Telefon 0844 226 226, E-Mail: abo@somedia.ch
Inserate Somedia Promotion AG
Verbreitete Auflage (Südostschweiz Gesamt): 69 795 Exemplare, davon verkaufte Auflage 66 308 Exemplare (WEMF-/SW-beglaubigt, 2020)
Reichweite 161 000 Leser (MACH-Basic 2021-1)
Erscheint sechsmal wöchentlich

Adresse: Südostschweiz, Sommerausrasse 32, 7007 Chur, Telefon 061 255 50 50
E-Mail: graubuenden@suedostschweiz.ch; kultur@suedostschweiz.ch; nachrichten@suedostschweiz.ch; sport@suedostschweiz.ch; forum@suedostschweiz.ch
© Somedia

Berner Politik

Lehren ziehen und nach vorne schauen

Martin Candinas*
über die vergangenen
Abstimmungen und
die AHV-Vorlage



Die Schweizer Politik mobilisiert. Das darf uns alle freuen und ist der beste Beweis für die gelebte und geschätzte direkte Demokratie in unserem Land. Mit einer Stimmbeteiligung von 59,7 Prozent – es ist der fünfthöchste Wert aller Zeiten! – haben sich Schweizerinnen und Schweizer am letzten Sonntag zu fünf eidgenössischen Vorlagen geäussert.

Das Ja zum Gesetz zur Bekämpfung von Terrorismus hat mich als Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission besonders gefreut. Das Gesetz ermöglicht präventive Massnahmen, damit künftig gehandelt werden kann, bevor es zu spät ist. Erfreulich aus Sicht des Kantons Graubünden darf vor allem die deutliche Ablehnung der Trinkwasser- und Pestizidinitiative bewertet werden. Auch wenn der Nein-Anteil mit über 60 Prozent sehr deutlich war, soll der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und die damit verbundenen Risiken für Flüsse, Seen und naturnahe Lebensräume bis 2027 halbiert werden. Die kla-

re Zustimmung zum Covid-19-Gesetz war wohl die kleinste Überraschung. Auch wenn nicht alle mit der Politik des Bundesrates, vielleicht auch des Parlamentes, zufrieden waren oder sind, darf das klare Votum des Souveräns als Zeichen von Solidarität und Zusammenhalt interpretiert werden. Die Unterstützungsmassnahmen müssen noch einige Monate weitergeführt werden, damit die Auswirkungen der Coronakrise für viele Unternehmen abgefedert werden können.

Grosse Diskussionen gibt die Ablehnung des CO₂-Gesetzes. Während bei den letzten eidgenössischen Parlamentswahlen die grüne Welle voll zugeschlagen hat, weil das Parlament vorher scheinbar zu wenig grün tickte, war nun das Parlament scheinbar zu grün. Man ist geneigt zu sagen, dass das Stimmvolk das grüne Parlament gebremst hat. Vielleicht ist grün sein auch attraktiv, solange man nicht selbst für die Kosten unmittelbar und direkt aufkommen muss. Für mich ist klar, dass wir uns jetzt nicht zurücklehnen dürfen. Der vermeintliche Kompromiss verlangt einen neuen Kompromiss. Es wird wohl am Schluss so sein, dass die Mitte-Partei als einzige die richtigen Lehren aus dieser Abstimmung zieht, nach vorne schaut und einen neuen Weg aufzeigt. Während die Rechte nichts machen will, werden Grüne und Linke wohl auf Druck der Klimajugend vor allem Maximalforderungen

stellen. Der Fokus in der Energiepolitik muss in Zukunft noch mehr auf Anreize und Innovationen, statt auf Verbote, Vorschriften und Einschränkungen setzen.

Die Ablehnung des CO₂-Gesetzes sollte für das Parlament auch in Bezug auf die AHV-Vorlage eine Lehre sein. Die nächste grosse und wegweisende Abstimmung in unserem Land wird wohl diese Vorlage sein. Wir sind gut beraten, diese nicht zu überladen und nicht zu viel auf einmal zu wollen, auch wenn wir seit bald 30 Jahren im Stillstand verharren. Wir müssen jetzt einen kleinen Schritt mehrheitsfähig machen. Das Frauenrentenalter muss jetzt von 64 auf 65 Jahre erhöht werden. Meines Erachtens gibt es in der heutigen Zeit keinen Grund mehr, dass das Rentenalter für Mann und Frau nicht gleich sein soll. Mit einer stufenweisen Anhebung des Rentenalters, mit Ausgleichsmassnahmen für die Jahrgänge, die vor der Pensionierung stehen, und mit einer sanften Erhöhung der Mehrwertsteuer werden wir den Bedürfnissen der Frauen gerecht und stellen die AHV für einige Jahre auf stabile Füsse. Nicht nur das Klima, sondern auch die Sicherheit der Sozialwerke ist im Interesse unserer Jugend!

* Martin Candinas ist Die Mitte-Nationalrat. In der Rubrik «Berner Politik» kommen die Bündner Mitglieder der eidgenössischen Räte abwechselnd zu Wort.

Des Rätsels Lösung



Die am Dienstag gesuchten Spiegelungen sind in einem Fenster des Bündner Kunstmuseums zu sehen. Sie stammen von den Kacheln im Erweiterungsbau, der vor fünf Jahren eröffnet wurde.

Bild Philipp Baer

Follow me



«Trockenfleisch, oder wie wir auf Mallorca sagen: Briten beim Sünnele.»

@stefanbuesser



1 Pensionskasse
Kanton Graubünden fordert höhere Sparbeiträge.

2 Lebensmittelkontrolle
Wenn die glutenfreie Nusstorte gar nicht glutenfrei ist.

3 Heididorf
Heidi bleibt in Maienfeld – St. Galler Projekt gescheitert.

BLEIBEN SIE TAGSÜBER AUF DEM LAUFENDEN

Über die Kanäle der Südostschweiz sind Sie stets gut informiert und unterhalten.

